FH-DS-01-048-3

Wir stärken die Demokratie

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in:	BAG Demokratie & Recht
Beschlussdatum:	25.03.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Von Zeile 47 bis 48 einfügen:
bei allen Wahlen auf 16 Jahre absenken. Denn junge Menschen sollen mitentscheiden, wie ihre Welt aussieht, und mitbestimmen, wer ihre Welt gestaltet.
Damit die Wahlbeteiligung und daraus folgend auch die Repräsentanz in den Parlamenten nicht von der sozialen Schicht abhängig bleibt, müssen die politischen Parteien direkter auf die Wähler*innen zugehen und eine verständlichere Sprache verwenden. Zudem wollen wir die Wahlbeteiligung durch mehr politische Bildung und eine Erleichterung des Wahlprozesses erhöhen, etwa durch Ausweitung der Briefwahl.

Begründung

Im kompletten Entwurf des Bundestagswahlprogrammes tauchen die Begriffe Wahlmüdigkeit und Parteienverdrossenheit nicht auf. Die Forderung nach mehr politischer Bildung findet sich lediglich in Bezug auf junge Menschen und deren Radikalisierung. Dabei muss in allen Altersgruppen mehr aufgeklärt werden.

Ebensowenig finden bislang die soziale Dimension der Wahlbeteiligung und wahltechnische Vorschläge zur Erhöhung der selbigen Erwähnung. Noch mehr als das Alter ist nämlich die soziale Schichtzugehörigkeit und Einkommenssituation ein grundlegender Faktor für den Partizipationsgrad bei Wahlen. So gehen in Stadtteilen mit hoher Arbeitslosigkeit und niedrigem Durchschnittseinkommen bis zu 50% weniger Menschen wählen, als in wohlhabenden Gegenden [1].

Dies wiederum reduziert die Repräsentativität von Wahlen.

Untersuchungen lassen darauf schließen, dass Wähler*innen und Gewählte einander schlichtweg nicht verstehen und nicht genug zuhören. In der verwendeten politischen Sprache finden sich immer weniger Menschen wieder [2]. Auch die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung von 2013 konstatiert hier „ein Kommunikationsdefizit zwischen Politiker/innen und Bürger/innen“ [3}.

Die Forderung nach Vereinfachung der Wahlteilnahme ist weitgehender Konsens in Deutschland. Die Ausweitung der Briefwahl hat sich andernorts als effektive Maßnahme erwiesen, so stieg die Wahlbeteiligung im US-Bundesstaat Oregon um 7-10% an, als dort die allgemeine Briefwahl eingeführt wurde [4].

[1] http://www.wahlbeteiligung2013.de/fileadmin/Inhalte/Studien/Wahlbeteiligung-2013-Studie.pdf

[2] https://www.rosalux.de/fileadmin/images/publikationen/Studien/Studien_Abschied.pdf

[3] http://library.fes.de/pdf-files/dialog/10076.pdf

[4] http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/j.1540-6237.2008.00590.x/abstract